

Gastbeitrag Prof. Dr. Klaus Bade,
Vorsitzender des Sachverständigenrates
deutscher Stiftungen für Integration
und Migration

Integrationspolitik: Besser als ihr Ruf

PROF. DR. KLAUS BADE



Foto: SVR/David Ausserhofer

Berlin ist die Hauptstadt der Integrationsprobleme. Ob es um überforderte Lehrer, „kippende“ Stadtteile oder, wie vor kurzem, um die angebliche Integrationsunwilligkeit der arabisch- und türkischstämmigen Bevölkerung geht: Berlin steht immer im Zentrum der Aufmerksamkeit und das meist mit negativen Schlagzeilen. Sicher, der bekannte Integrationsalarmismus folgt der medialen Logik, dass sich nur schlechte Nachrichten gut verkaufen.

Dabei offenbart sich jedoch zweierlei: Einerseits eine erschreckende Oberflächlichkeit des öffentlichen Diskurses, der sich gewohnt kurzschlüssig dem undifferenzierten Generalverdacht gegenüber bestimmten Einwanderergruppen hingibt. Andererseits – und für den Neu-Berliner verblüffend – wird die Berliner Debatte begleitet von einer auffallend hartnäckigen Ignoranz gegenüber den durchaus beachtlichen Erfolgen der vergangenen Jahre.

Berlin hat vor mittlerweile vier Jahren ein Integrationskonzept und damit ein strategisches Steuerungsinstrument für ein zentrales gesellschaftspolitisches Politikfeld vorgelegt. Es hat zwei Jahre später mit einem Integrationsmonitoring die Umsetzung der Politik auf eine transparente und nachprüfbare Grundlage gestellt. Und seit dem Sommer 2009 bereitet Berlin, unter breiter Beteiligung der Migrantenvvertreterinnen der Stadt, die Einführung eines Integrationsgesetzes vor und setzt sich

mit diesem Vorhaben an die Spitze eines bundespolitischen Trends.

Natürlich steht Berlin vor großen Herausforderungen, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor viel zu hoch – vor allem unter türkischstämmigen Migranten, auch die schulischen Leistungen der Einwandererkinder entsprechen noch lange nicht denen einheimischer deutscher Kinder. Diese Defizite haben jedoch in erster Linie soziale und ökonomische Ursachen, die nachhaltig nur durch strukturelle Veränderungen im Bildungssystem, im Übergang von der Schule in den Beruf und auf dem Arbeitsmarkt behoben werden können.

Berlin hat offenbar erkannt, dass Integrationspolitik, um nachhaltig als Querschnittsansatz wirken zu können, einer kohärenten strategischen Grundlage und Ausrichtung bedarf. Das Land hat zudem mit der Hervorhebung der Handlungsfelder Arbeit und Bildung die Schwerpunkte gesetzt, um notwendige strukturelle Reformen anzustoßen. Auch in der interkulturellen Öffnung der Verwaltung ist Berlin Vorreiter. Aufgrund des offensiven Werbens für junge Migrantinnen und Migranten konnte deren Anteil an den neueingestellten Azubis in der Berliner Verwaltung von 8 Prozent auf rund 15 Prozent seit dem Jahr 2006 gesteigert werden. Und nicht zuletzt setzt Berlin zu Recht einen Schwerpunkt auf die rechtliche Gleichstellung von Einwanderinnen und Einwanderern.

Größerer Anstrengungen bedarf es bei der Reform des Übergangssystems von der Schule in den Beruf. Noch immer sind Einwandererjugendliche auf dem Berliner Ausbildungsmarkt massiv unterrepräsentiert. Reformen bei der beruflichen Orientierung in den Schulen, aber auch im Hinblick auf die Einstellungspraxis von Betrieben sind dringend geboten. Die in den kommenden Jahren sinkenden Schulabgängerzahlen werden ein Umdenken erfordern. Die verstärkte Einstellung von Migrantenjugendlichen geschieht jedoch nicht von alleine und muss von Seiten des Senats aktiv gefördert werden.

Eine Strategie zur Neuausrichtung des Übergangssystems wäre daher auch in Berlin nötig und müsste vom Senat gesteuert werden. Ebenso notwendig ist ein offensiveres Werben um ausländische Spitzenkräfte. Berlin geht hier mit seinem Potenzial zu nachlässig um. Die Stadt muss mit attraktiven Angeboten und guter, unbürokratischer Begleitung hochqualifizierte Ausländer anwerben.

Die Berliner Integrationspolitik ist besser als ihr Ruf. Die Stadt hat sich in den vergangenen Jahren ein tragfähiges und nachhaltiges integrationspolitisches Fundament gebaut. Nun gilt es beharrlich und durch die Auswahl der richtigen Schwerpunkte an den sichtbaren Erfolgen zu arbeiten.

Prof. Dr. Klaus Bade
Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration